

25. MRZ. 1965

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XX/57

Bonn, den 24. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Vom Frankfurter Zoo zur Wirklichkeit ----- Nachbetrachtungen zum FDP-Parteitag Von Franz Barsig	48
2 - 3a	So hat Frankreich wirklich gewählt ----- Eine Analyse der Gemeinderatswahlen Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	146
4	Hier irrt Herr Minister Lenz ... ----- ... wenn er von "ungerechtfertigter Dramatisierung" des Bildungsnotstandes spricht	49
5 - 6	Schwedens politische "Landschaft" ----- Konservative, Liberale und Kommunisten ohne Echo Von Rudolf Hübner, Stockholm	62
6	Pankow verhandelt in Brüssel ----- Es geht um die Verlängerung eines Handelsabkommens	18

Vom Frankfurter Zoo zur Wirklichkeit

Nachbetrachtungen zum FDP-Parteitag

Von Franz Bartsig

Die Freien Demokraten, die sich auf ihrem 16. Bundesparteitag in Frankfurt so gebärdeten, als seien sie der alleinige Oberschiedsrichter in der deutschen Politik, werden sehr rasch vom Frankfurter Zoo in die Wirklichkeit zurückkehren müssen. Kaum war der letzte Beifall verrauscht, da lagen auch die EMNID-Zahlen für den Monat Februar vor und diese sagten aus, daß sich für die FDP überhaupt nichts geändert hat. Sie wird seit Monaten nur mit fünf Punkten notiert; daran hat die "Winterreise" nichts geändert und der Parteitag in Frankfurt wird das Steuer auch nicht herumwerfen können.

Die von der FDP in Frankfurt aber so verteuflte SPD hat in der Wählergunst wieder angezogen, liegt jetzt bei 35 Punkten, während die CDU/CSU von 34 auf 31 Punkte zurückfiel. Ohne Berücksichtigung der Meinungslosen entfallen nach EMNID im Februar auf die SPD 48 Prozent, die CDU/CSU 43 Prozent und die FDP 7 Prozent.

Das sind die wahren Größenordnungen in der deutschen Politik; daran wird sich auch nichts ändern, selbst wenn die kleinste Partei im Deutschen Bundestag glaubt, sie dürfte den größten Mund haben. Im September sprechen wir uns wieder, denn dann ist die SPD in der Situation, sich ihren Koalitionspartner selber aussuchen zu können.

Warum sollten sich auch mehr Wähler für die FDP entscheiden? Weil sie in Frankfurt unablässig mitgeteilt hat, sie wolle wieder mit der CDU/CSU koalieren? Wenn eine Partei sich so ihrer Entscheidungsfreiheit beraubt, dann gibt es keinen vernünftigen Grund für den Wähler, den Umweg zu wählen; dann kann er gleich die CDU/CSU ankreuzen bzw. werden die Wähler, die diese Politik ablehnen, zur anderen großen Partei der Bundesrepublik abwandern.

Das Erwachen bei der FDP wird schon noch kommen. Sie muß damit rechnen, bis zum Herbst 1965 praktisch nur noch mit zwei Fragen konfrontiert zu werden: Mit wem koaliert ihr, und wie haltet ihr es mit Franz Josef Strauß? Diese Fragen werden immer wieder gestellt werden, selbst wenn die FDP meint, sie habe sie in Frankfurt eindeutig beantwortet. Das aber ist selbst für eine Partei dieser kleinen Größenordnung zu wenig, denn in dieser Fragestellung kommt deutlich zum Ausdruck, daß man der FDP eben nur noch die "Krückenfunktion" zubilligt, nämlich einer anderen Partei zur Mehrheit zu verhelfen und man im Grunde genommen an ihrem Programm nicht mehr interessiert ist.

Gelassen sollte man abwarten, was aus Mendes außenpolitischem Konzept der mittleren Schritte wird. Franz Josef Strauß hat schon drohend angekündigt, die Vorschläge Mendes würden noch ein Nachspiel haben und die CDU ließ erklären, sie sei über das Ergebnis von Frankfurt nicht erfreut. Wir wollen einmal abwarten, ob der Vizekanzler im Kabinett im Fordern so standhaft ist, wie auf dem Parteitag. Die bisherige Erfahrung spricht dagegen, denn in allen öffentlichen Reden hat er bisher den Mund voll genommen, an den entscheidenden Punkten aber hat er sich als Spezialist für das Umfallen erwiesen.

## So hat Frankreich wirklich gewählt

### Eine Analyse der Gemeinderatswahlen

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

\* Zum Ergebnis der französischen Gemeinderatswahlen sind in einem \*  
\* Teil der deutschen Presse widersprüchliche Kommentare erschienen. \*  
\* Wir haben daher unseren Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer, \*  
\* gebeten, eine gewissenhafte Analyse der Wahlergebnisse auf der \*  
\* Grundlage von nunmehr o f f i z i e l l e n Zahlen auszuarbei- \*  
\* ten. Die Redaktion \*

\* \* \*

Die Märzahlen von 1965 haben in der Geschichte der 5. Republik ein neues Blatt aufgeschlagen. Ernste Schlägen der gaullistischen UNR, beachtliche Stärkung der demokratischen Mittel- und Linksparteien, gestoppte Volksfrontentwicklung: Mit diesen Stichworten kennzeichnen politische Beobachter die Resultate der französischen Gemeinderatswahlen.

### Paris - Lyon - Marseille

Die Listen der gaullistischen UNR sind in allen französischen Großstädten gescheitert, mit e i n e r Ausnahme: Bordeaux. Gerade diese Ausnahme ist bezeichnend, denn der derzeitige gaullistische Bürgermeister Chaban Delmas ist eine typische Gestalt der 4. Republik; er verdankt sein Amt nicht de Gaulle, sondern persönlichem Wirken und lokalen Traditionen seit 18 Jahren. In allen übrigen Großstädten erhielten die Gaullisten Keulenhiebe.

In P a r i s erhofften sie aufgrund des neuen Wahlgesetzes die absolute Mehrheit, müssen sich aber mit einer sehr relativen Mehrheit bescheiden; mit 39 von insgesamt 90 Sitzen, während die Linksparteien unerwartete Erfolge nicht nur in den Pariser Vororten, sondern diesmal auch in den konservativen Stadtgebieten zu verzeichnen hatten.

In L y o n wurde der gaullistische Kandidat Herzog, de Gaulles Sport- und Jugendminister, schon am ersten Wahlsonntag durch die demokratisch-republikanische Einheitsliste des Bürgermeisters Pradöl geschlagen. Pradöl ist ein alter Mitarbeiter von Edouard Herriot, des langjährigen verstorbenen Präsidenten der Radikalen Partei.

Ebensolche Symbolkraft hat auch der triumphale Sieg des sozialdemokratischen Bürgermeisters Gaston D e f f e r r e in Marseille. Er führte den Kampf an zwei Fronten. Einerseits gegen die hier besonders starke kommunistische Partei, andererseits gegen die Gaullisten, die in der südfranzösischen Hafenstadt den Kommunisten offene Schützenhilfe leisteten, um ihn für die Staatspräsidentenwahl zu torpedieren. Das Intrigenspiel ist kläglich gescheitert: Defferre behält mit Hilfe der demokratischen Mittelparteien die absolute Mehrheit und zieht daraus den Schluss, dass der Gaullismus auch auf nationaler Ebene von den demokratischen Links- und Mittelparteien o h n e die gefährliche kommunistische Unterstützung geschlagen werden kann.

In ähnlicher Weise wurden die sozialistischen Bürgermeister in A r r a s (Guy Mollet), L i l l e und einer Reihe anderer französischer Städte in doppelter Abwehr gegen Kommunisten u n d Gaullisten wiedergewählt.

### Angriff und Verteidigung

Zum richtigen Verständnis der Wahlergebnisse muss man die Ausgangspunkte und Absichten der einzelnen politischen Kräfte in Erinnerung rufen.

Die Gemeinderatswahlen des März 1965 sind Bindeglied zwischen den letzten Parlamentswahlen 1962 und der kommenden Präsidentenwahl im Dezember dieses Jahres. Angriff auf die Festungen der traditionellen demokratischen Parteien - das war die gaullistische Parole. Marseille, Lyon und alle anderen Zitadellen der demokratischen Linken sollten fallen. Die Links- und Mittelparteien waren in der Defensive.

Jetzt ist es umgekehrt. Die Gaullisten konnten in diesen Märzahlen ihre früheren Stellungen mit Mühe und Not halten, in den Großstädten wurden sie geschlagen. Es ist daher absurd, wenn sie sich nachträglich trösten: "Wir haben nicht viel verloren". Gemessen an frisierten Ziffern sind die Verluste nicht groß, verglichen mit den politischen Absichten ist es aber eine schwere Schlappe der Regierungsparteien, denn die gaullistische UNR hatte sich zum Ziel gesetzt, bei diesen Märzahlen die meisten, oder doch wenigstens die wichtigsten Stadtverwaltungen zu übernehmen. Zu diesem Zweck hatte Premierminister Pompidou eine Fernsehrede gehalten und eindeutig Stellung genommen.

#### Das neue Wahlgesetz ...

Diesem Zweck diente auch das neue Wahlgesetz, nach welchem das Verhältniswahlrecht in den 157 Städten mit 30 000 Einwohnern abgeschafft wurde. In jedem Wahlkreis konnte nur eine Liste siegen, selbst mit relativer Mehrheit von wenigen Stimmen. Alle anderen Parteien, sogar wenn sie zusammen doppelt soviel Stimmen haben, werden von jeder Vertretung im Rat ausgeschlossen.

Die Gaullisten waren sicher, mit diesem Gesetz und mit dem Fernsehmonopol die absolute Mehrheit in Paris und wenigstens die relative Mehrheit in den anderen Großstädten an sich zu reißen. Sie sind auf der ganzen Linie gescheitert. Dass sie da oder dort ihre alten Stellungen halten konnten, gelegentlich auch die Verwaltung einer Kleinstadt in die Hand bekamen, ist wahrlich ein schwacher Trost im Vergleich zu den weitgesteckten Zielen.

#### ... als Bumerang

In der Rathäusern von Marseille, Lyon, Toulouse, Toulon, Nantes u. a. gibt es überhaupt keine gaullistischen Stadtverordneten mehr. In Paris wurden 51 gaullistische Persönlichkeiten geschlagen; darunter zwei frühere Minister und 14 Abgeordnete. Die Gaullisten erleiden schwere Niederlagen in Toulon, Caen und Angers, Niederlagen mit geringen Stimmenunterschieden in Limoge, Valence, Brive und Perigoux. Sie verlieren Grenoble an die SFIO und Le Mans an die MRP.

#### Ziffern und Tatsachen

Aufschlussreich ist die Zahl der neugewählten Gemeinderäte in den Städten über 30 000 Einwohner. Laut offiziellen Angaben des gaullistischen Innenministers Frey stehen an der Spitze die Kommunisten mit 996 (plus 3). Es folgen die Sozialisten mit 975 (plus 81). Erst an dritter Stelle findet man die Gaullisten mit 684 (plus 21), dann Parteiloslisten mit 679; die Christdemokraten (MRP) mit 614 und die Rechtsunabhängigen mit 512.

Fast alle Listen verzeichnen Gewinne. Aus dem einfachen Grund: Es gibt heute etwas mehr Städte mit über 30 000 Einwohnern als vor sechs Jahren. Interessant ist aber das Größenverhältnis zwischen den einzelnen Parteien und die Tatsache, dass die Gaullisten, die in den Stadtverwaltungen ebenso wie in der Nationalversammlung die erste Geige spielen und womöglich die absolute Mehrheit erringen wollten, von insgesamt 5 425 nur 684 Gemeinderäte haben, während die totgesagten demokratischen Links-

und Mittelparteien aus dem Kampf unerschüttert und zum Teil erheblich gestärkt hervorgingen.

Ähnlich ist die Situation in den kleineren Städten von 9 000 bis 30 000 Einwohnern. Hier stehen die Sozialisten mit 111 Bürgermeistern an der Spitze. Es folgen 71 Kommunisten, 63 Gaullisten, 53 Linksrepublikaner, 44 Christdemokraten usw. Man sieht also deutlich, dass die demokratischen Links- und Mittelparteien in Frankreich mehr denn je das politische Schwergewicht bilden. Wichtig ist ferner zu wissen, dass der kommunistische Stimmanteil seit sechs Jahren fast unverändert geblieben ist.

#### Politische Folgen

Man sieht, selbst laut offizieller Statistik ist es den Gaullisten nicht gelungen, die parlamentarisch-demokratischen Parteien aus den Stadtverwaltungen zu werfen. Damit bleibt auch der Senat, das französische Oberhaus, das von den Städtevertretern gewählt wird, weiterhin in Opposition zum gaullistischen Regime.

Die grosse Offenbarung der Märzahlen ist die sichtbare Kraft der demokratischen Linken und Mitte und der Niedergang der gaullistischen UNR. Alle politischen Beobachter sind überzeugt, dass die UNR als Regierungspartei ohne die Persönlichkeit de Gaulles keine Zukunft hat. Die gegenwärtige Regierung hat sich im Gemeindevwahlkampf zu sehr vorgewagt. Bei den Gaullisten tobt jetzt die Auseinandersetzung über die weitere Taktik. Gaullisten und Rechtsunabhängige überhäufen sich gegenseitig mit Vorwürfen. Sie schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu für die Erfolge der Oppositionsparteien.

#### Gestoppte "Volksfront"-Entwicklung

Die vom Gaullismus provozierte "Volksfront"-Entwicklung ist damit gestoppt. Das gegenwärtige Regime hat durch seine Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber auch durch seine Aussenpolitik, den Einfluss der KPF verstärkt. Nachdem die KPF vom herrschenden Regime als salonfähig erklärt worden war, wurde sie auch von einigen Oppositionsparteien anders betrachtet als früher. Nur aus dieser Atmosphäre heraus erklären sich stellenweise und ausnahmsweise taktische Wahlabkommen zwischen demokratischen Gruppen und örtlichen KP-Organisationen; insbesondere in Paris und Umgebung. Die Kommunisten mussten dabei allerdings wesentliche Zugeständnisse machen. Statt 29 Kommunisten sitzen jetzt nur 24 im Pariser Rathaus, hingegen unverändert 8 Sozialisten, 2 unabhängige Sozialisten (PSU), 2 Radikale und 2 Linksrepublikaner.

Diese ausnahmsweise erfolgten wahltaktischen Abkommen waren in Paris und Umgebung erfolgreich, wenn auch nicht so schlagkräftig wie der Block der Sozialisten mit den Mittelparteien in Marseille und in den meisten anderen Städten. Der gemeinsame Nenner dieser anscheinend widerspruchsvollen Entwicklung beruht auf der einfachen Tatsache, dass immer mehr Franzosen, auch unabhängig von ihrer politischen Einstellung, die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen und bestimmte Methoden der Gaullisten in steigendem Maße ablehnen.

Hier irrt Herr Minister Lenz ...

W.K.St. - Der Verband Deutscher Studentenschaften hat angekündigt, seine Mitglieder würden am 1. Juli gegen den Bildungsnotstand in der Bundesrepublik demonstrieren. Bei einem kürzlich stattgefundenen Interview nahm Bundesforschungsminister Lenz zu diesen Fragen Stellung und führte u.a. aus:

- \* "Von einem Bildungsnotstand in der Bundesrepublik zu sprechen, das sei eine ungerechtfertigte Dramatisierung der Lage".

Hier irrt Herr Minister Lenz, obwohl er eigentlich den Ernst der Situation am besten kennen müßte.

Ist es etwa eine "ungerechtfertigte Dramatisierung", wenn es bei uns an Universitäten, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten fehlt, die Hörsäle überfüllt, Professoren- und Dozentenstellen unbesetzt oder die wissenschaftlichen Einrichtungen mangelhaft ausgestattet sind?

Oder ist es eine "ungerechtfertigte Dramatisierung", wenn die dringenden wissenschaftlichen Vorhaben der Gegenwart wegen fehlender finanzieller Mittel nicht durchgeführt werden können, geschweige unbedingt notwendige Zukunftsaufgaben auf dem Bildungssektor nicht in Angriff genommen werden können, obwohl diese Fragen für den Fortbestand unserer Gesellschaftsordnung von Bedeutung sind?

Wie wollen wir es denn anders nennen als einen echten Bildungsnotstand, d.h. ohne die wirkliche Lage zu verkennen oder uns dabei selbst zu betügen?

Das ist keine "ungerechtfertigte Dramatisierung" der wirklichen Lage, sondern die bittere Tatsache und keineswegs eine Erkenntnis aus jüngster Zeit. Wiederholt wurde auf diesen Notstand im Bildungswesen und den daraus resultierenden Gefahren hingewiesen, aber bisher hat man die Notwendigkeit von ändernden Maßnahmen auf Seiten der Bundesregierung nicht erkannt. Heute erneut den wahren Sachverhalt zu verniedlichen oder die Wirklichkeit nicht zu sehen, das heißt den Ernst der Stunde e r - n e u t verkennen.

Ist es nicht ein schlechter Scherz, wenn der Herr Minister Lenz in dem Interview weiter sagt: "Bildungsfragen sind in erster Linie eine Angelegenheit der Länder, bei denen der Bund jedoch ein Mitspracherecht haben muß, da der Bildungszustand zukunftsentscheidend ist." Sind solche Fragen nicht von sekundärer Bedeutung und kommt es nicht vor allem darauf an, daß einem N o t s t a n d abgeholfen wird?

Wenn Minister Lenz ferner sagt: "Bildungsfragen sind zu vielschichtig, als daß sie durch Demonstrationen allein gelöst werden können", so ist auch dieses kein überzeugendes Argument. Es ist immer noch besser, wenn sich der Verband Deutscher Studentenschaften in Erkennung der wirklich kritischen Lage für die Verbesserung des Bildungswesens einsetzt und auf die Unzulänglichkeiten hinweist, auch mittels der Demonstration, als wenn die Bundesregierung die Hände in den Schoß legt oder die Hochschulen durch tropfenweise Mittel am Leben erhält, geschweige an die Zukunft denkt. Die Studenten wissen selbst, daß mit einer Demonstration allein keine Lösung dieser für unser Volk so wichtigen Frage erreicht wird. Vielleicht wird aber dadurch die Bundesregierung wach und hat ein Ohr für die wirklich ernstesten Sorgen auf dem Bildungssektor. + + +

### Schwedens politische "Landschaft"

Konservative, Liberale und Kommunisten ohne Echo  
Von Rudolf Hübner, Stockholm

Der kürzlich erfolgte Rücktritt des Vorsitzenden der konservativen Partei Schwedens, Professor Gunnar Heckscher, rückt die Lage der schwedischen Oppositionsparteien ins Scheinwerferlicht. Heckscher hatte erst vor vier Jahren den Vorsitz übernommen. Er begründete seine Demission damit, dass es seinem Nachfolger vielleicht besser gelingen werde, die übrigen Oppositionsparteien zu einer gemeinsamen Politik zu bewegen. Diese Motivierung wird natürlich von den anderen Oppositionsparteien als Angriff empfunden und abgelehnt. Professor Ohlin, der die liberale Folkparti leitet, und Dr. Hedlund, der Führer der Centerparti, deren agrarischer Parteikern sich um Anhänger im Mittelstand bemüht, werfen den Konservativen vor, dass diese ihr politisches Konzept den anderen aufzwingen wollen. Aber auch Folkparti und Centerparti beschuldigen einander immer wieder, zu wenig Verhandlungswillen zu zeigen. Die konservative Abendzeitung "Kvällsposten" schrieb, dass der Zusammenhalt der Sozialdemokraten und ihre Konzentration auf wesentliche Ziele in schroffem Gegensatz zur Machtlosigkeit und zur Unentschlossenheit der Opposition stehen.

Sie haben a l l e recht. Bei den grossen Gesellschaftsproblemen und Initiativen, welche die sozialdemokratische Regierung in letzter Zeit zur Diskussion stellte, ist es den Oppositionsparteien kein einziges Mal gelungen, der sozialdemokratischen Politik eine gemeinsame Alternative entgegenzustellen.

Professor Heckscher hat versucht, dem sozialdemokratischen Prinzip der gesellschaftlichen Solidarität mit ihrem ausgebauten System von sozialen Rechten für alle Wechselfälle des Lebens als Alternative das konservative Prinzip der persönlichen Verantwortung des Einzelnen und eines teilweisen A b b a u e s der Sozialleistungen und der Steuerprogression entgegenzuhalten. Er bekämpfte die Einführung der Krankenpflichtversicherung, er warb für eine Aufhebung des Kinderbeitrages für das erste Kind, er griff scharf den sozialdemokratischen Vorschlag an, die im Prinzip für alle Staatsbürger gleiche Volkspension durch eine dem Einkommen angepasste Dienstpension zu ergänzen. - Folkparti und Centerparti versuchten zwischen diesen beiden Grundprinzipien einen Seiltanz, der mitunter zu erstaunlichen Ergebnissen führte, insbesondere bei der Stellungnahme zur Dienstpension.

Alle drei Parteien mussten erfahren, dass sie jedesmal Stimmen einbüssten, wenn sie allzu offensichtlich von dem Grundsatz der gesellschaftlichen Solidarität abwichen, einem Grundsatz, welcher weit über die Kreise der sozialdemokratischen Partei und ihrer Wähler hinaus in Schweden zu einer allgemeinen Gesellschaftsauffassung geworden ist.

Bei den letzten Wahlen hatten in einigen Gebieten Schwedens Politiker aller drei Oppositionsparteien versucht, eine gemeinsame Basis zu finden, welche sich nicht allzu krass von dieser Gesellschaftsauf-

fassung abhob. Als ihre Parteien diese gemeinsame Plattform aus taktischen und z.T. wohl auch grundsätzlichen Erwägungen ablehnten, traten diese Politiker als "Medborgerlig samling" mit eigenen Listen auf. Ihre Einigungsbemühungen führten also zu einer weiteren Splitterung des Oppositionslagers.

Es gibt in Schweden noch eine Oppositionspartei, die Kommunisten. Unter ihrem neuen Vorsitzenden, dem vermögenden C.H. Hermansson, gibt sich die Partei den Anschein, die frühere sklavische Gebundenheit an die Moskauer Politik durch eine freiere Haltung zu ersetzen. Hermansson hat Anfang Februar bei einer Konferenz in Kopenhagen nicht nur den dortigen Volkssozialisten, die vor Jahren aus der dänischen kommunistischen Partei ausgebrochen sind, sondern auch den Sozialdemokraten, den Landwirte-Parteien und sogar den liberalen bürgerlichen Parteien eine Zusammenarbeit angeboten. Er wurde prompt von den Kommunisten alten Schlages, allen voran von Nils Holmberg in Göteborg, des Verrates beschuldigt, und es sieht trotz Hermansson bescheidenem Erfolg bei den letzten Wahlen so aus, als ob die kommunistische Opposition in Schweden ihren bürgerlichen Oppositionskollegen an Uneinigkeit nicht nachstehen wollte.

+ + +

#### Pankow verhandelt in Brüssel

Es geht um die Verlängerung eines Handelsabkommens

sp - Wie erst jetzt bekannt wird, haben belgische Industrielle während der Frühjahrsmesse in Leipzig angeregt, Pankow solle sich in Brüssel um die Verlängerung eines Handelsabkommens mit Belgien bemühen, das Ende März dieses Jahres auslaufen würde. Unter Führung des Direktors B e i l vom sowjetzonalen Aussenhandelsministerium befindet sich eine Delegation aus Pankow bereits seit vergangener Woche in Brüssel, hat aber - dem Vernehmen nach - keinen offiziellen Kontakt mit der belgischen Regierung aufnehmen können. Interessant ist die Vorgeschichte dieser Verhandlungen. Nachdem ein nach Kriegsende beim belgischen Wirtschaftsministerium angegliedertes "Amt für wirtschaftliche Wiedergutmachung" seine Tätigkeit eingestellt hatte, wurde auf Anregung belgischer Firmen ein "Sprecher" aus Pankow für Wirtschaftsbeziehungen zwischen Belgien und der Zone bestimmt. Dieser Mann hat so diskret gearbeitet, dass nur Eingeweihte Kenntnis von seiner wirklichen Tätigkeit hatten. Bei den jetzigen Verhandlungen, die durch die Entsendung des Direktors Beil aus Pankow auf eine "höhere Stufe" gehoben worden sind, geht es um die Erweiterung des Warenaustausches zwischen Belgien und der Zone in Höhe von jeweils 100 Millionen DM.

+ + +